

Stenographisches Protokoll.

5. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Samstag, den 15. März 1919.

Tagesordnung: 1. Bericht des Hauptausschusses über den Vorschlag, betreffend Bildung der Staatsregierung. — 2. Wahl der Staatsregierung.

Inhalt.

Staatsregierung.

Wahl derselben (Seite 95).

Erklärung der Staatsregierung.

Abgabe der Erklärung seitens des Staatskanzlers Dr. Renner ([Seite 96] — Antrag des Abgeordneten Rittinger auf Eröffnung der Debatte [Seite 101] — Annahme des Antrages [Seite 101] — Redner: die Abgeordneten Rittinger [Seite 101], Eldersich [Seite 101], Hauser [Seite 102]).

Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 95).

Niederlegung des Mandates im Hauptausschusse seitens des Abgeordneten Fink (Seite 104).

Wahl des Abgeordneten Dr. Kamek in den Hauptausschuß (Seite 104).

Verhandlung.

Bericht des Hauptausschusses über den Vorschlag, betreffend Bildung der Staatsregierung ([Seite 95] — Redner: Berichterstatter Eldersich [Seite 95]).

Sozialisierungskommission.

Wahl des Vorstandes derselben (Seite 104).

Ausschüsse.

Ersatzwahl an Stelle des aus dem Hauptausschusse ausgetretenen Abgeordneten Fink (Seite 104).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge:

- | | |
|---|--|
| 1. der Abgeordneten Klezmayr, Födermayr und Genossen, betreffend die Einreihung der Stadt Steyr in eine höhere Aktivitätszulagenklasse (77 der Beilagen); | 2. der Abgeordneten Kunschak, Dr. Stumpf und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Behebung des Supplementenciends (78 der Beilagen). |
|---|--|

Beginn der Sitzung: 2 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hausser**.

Schriftführer: Dr. **Gimpl**, **Schönsteiner**.

Staatskanzler: Dr. **Renner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: Dr. v. **Bratusch** für Justiz, Dr. **Schumpeter** für Finanzen, **Stöckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Hanusch** für soziale Verwaltung, Dr. **Bauer**, beauftragt mit der Leitung des Staatsamtes des Äußern, Dr. **Deutsch** für Heerwesen, Dr. **Loewenfeld-Ruß** für Volksernährung, **Paul** für Verkehrsweisen.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** für Unterricht, **Miklas** für Kultus, Dr. **Ellenbogen** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. **Waiss** für Heerwesen.

Präsident: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 14. März liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf.

Der Herr Abgeordnete Johann Mayer hat sein Fernbleiben wegen Krankheit entschuldigt.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand ist der Bericht des Hauptausschusses über den Vorschlag, betreffend die Bildung der Staatsregierung.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten **Eldersch**, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatter **Eldersch:** Hohes Haus! Ich habe den Auftrag, Ihnen namens des Hauptausschusses gemäß Artikel 2, Absatz 2, des Gesetzes über die Staatsregierung für die Bildung der Staatsregierung und ihre Wahl nachstehende Vorschläge zu machen:

Staatskanzler: Dr. Karl Renner,

Vizekanzler: **Jodok Fink**.

Da das Staatsamt für Inneres und Unterricht dem Staatskanzler unterstellt ist, als Unterstaatssekretär für Unterricht **Otto Glöckel**,

als Unterstaatssekretär für Kultus **Wilhelm Miklas**,

Staatssekretär für Justiz: Dr. **Richard v. Bratusch**,

Staatssekretär für Finanzen: Dr. **Josef Schumpeter**,

Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft: **Josef Stöckler**,

Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten: **Ing. Johann Berdik**,

Unterstaatssekretär: Dr. **Wilhelm Ellenbogen**,

Staatssekretär für soziale Verwaltung: **Ferdinand Hanusch**,

Staatssekretär, beauftragt mit der Leitung des Staatsamtes des Äußern: Dr. **Otto Bauer**,

Staatssekretär für Heerwesen: Dr. **Julius Deutsch**,

Unterstaatssekretär: Dr. **Erwin Waiss**,

Staatssekretär für Volksernährung: Dr. **Johann Loewenfeld-Ruß**,

Staatssekretär für Verkehrsweisen: **Ludwig Paul**.

Ich bitte um die Annahme dieser Vorschläge.

Präsident: Wir gelangen zum zweiten Punkt der Tagesordnung, das ist die Wahl der Staatsregierung.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Nach Artikel 2 des Gesetzes vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 180, über die Staatsregierung nimmt die Nationalversammlung die Wahl der Staatsregierung durch namentliche Abstimmung über den Gesamtorschlag des Hauptausschusses vor.

Für die Durchführung der namentlichen Abstimmung ist die Vorschrift des § 57 D der Geschäftsordnung maßgebend. Hiernach haben sich die Mitglieder der hohen Versammlung der ihnen von der Kanzlei des Hauses zur Verfügung gestellten vorgedruckten Stimmzettel zu bedienen, die den Namen der Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja“ oder „Nein“ tragen.

Von mir bestimmte Beamte der Kanzlei werden sich zu den einzelnen Bankreihen begeben und von jedem Abgeordneten dessen Stimmzettel in Empfang nehmen.

Jene Mitglieder der hohen Versammlung, die für den Gesamtvorschlag des Hauptausschusses stimmen, werden Stimmzettel abgeben, die die Bezeichnung „Ja“ tragen, jene, die gegen diesen Vorschlag stimmen, Stimmzettel die auf „Nein“ lauten. (Nach einer Pause:) Ich ersuche die Beamten, mit der Abnahme der Stimmzettel zu beginnen. (Nach Abnahme der Stimmzettel:) Die Abstimmung ist geschlossen.

Zur Vornahme des Strutiniums unterbreche ich die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 2 Uhr 25 Minuten nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags:)

Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Bei der Wahl der Staatsregierung wurden 99 Stimmen abgegeben. Sämtliche Stimmzettel lauten auf „Ja“. (Es stimmten mit „Ja“ die Abgeordneten:)

Abram, Adler, Aigner, Allina, Austerlitz, Boschef, Brandl, Bretschneider, Burjan, Derich, Domes, Dvorak, Edlinger, Eisler, Eidersch, Födermayr, Johringer, Jorfiner, Frankenberger, Freundlich, Geßl, Gimpl, Goldemund, Gruber Rudolf, Gürtler Alfred, Gürtler Johann, Hajner, Haueis, Hauser, Heindl, Hermann, Höchtel, Hölzl, Hollersbacher, Hueber, Jutz, Kelmayr, Klug, Kocher, Kollmann, Kunschak, Ladner, Lenz, Leuthner, Luttenberger, Maier, Mataja, Mayr Michael, Ofenböck, Parrer, Partik, Pick, Pischitz, Pölzer, Polke, Popp, Preußler, Probst, Ramek, Regner, Reich, Richter, Rieger, Schacherl, Scheibin, Schiegl, Schlesinger, Schmid, Schneidmadl, Schönfeld, Schwoiswohl, Seidel, Seipel, Seiz, Sever, Skaret, Smittka, Spalowsky, Steinegger, Stricker, Stumpf, Tomischil, Tragler, Tuller, Tusch, Unterkircher, Vogl, Volkert, Wagner, Weber, Weiser, Weiskirchner, Weiß, Widholz, Wiedenhofer, Wiesmaier, Witternigg, Witzany, Zwanzger).

Es erscheinen daher gewählt:

Zum Staatskanzler: Dr. Karl Renner,

zum Vizekanzler: Jodok Fink,

zum Staatssekretär für Justiz: Dr. Richard v. Bratusch,

zum Staatssekretär für Finanzen: Dr. Josef Schumpeter,

zum Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft: Josef Stöckler,

zum Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten: Ingenieur Johann Zerdik,

zum Staatssekretär für soziale Verwaltung: Ferdinand Hanusch,

zum Staatssekretär, betraut mit der Leitung des Staatsamtes des Äußeren: Dr. Otto Bauer,

zum Staatssekretär für Heerwesen: Dr. Julius Deutsch,

zum Staatssekretär für Volksernährung: Dr. Johann Loewensfeld-Ruß,

zum Staatssekretär für Verkehrswesen: Ludwig Paul.

Zum Unterstaatssekretär für Unterricht: Otto Glöckel,

zum Unterstaatssekretär für Kultus: Wilhelm Miklas,

zum Unterstaatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten: Dr. Wilhelm Ellenbogen, und

zum Unterstaatssekretär für Heerwesen: Dr. Erwin Waiz.

(Die Mitglieder der Staatsregierung erscheinen im Saale und nehmen ihre Plätze auf der Regierungsbank ein. — Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Ich habe an die Mitglieder der gewählten Staatsregierung die Frage zu richten, ob sie bereit sind, das Amt zu übernehmen. Ich erteile das Wort Herrn Dr. Karl Renner.

Staatskanzler Dr. Renner: Herr Präsident! Hohes Haus! Mit tiefer Ergriffenheit erklären wir als die erste Regierung der konstituierten Republik Deutschösterreich uns bereit, aus dem Munde des Präsidenten den Auftrag der Nationalversammlung und damit die Pflicht zu übernehmen, dem Volke und dem Staate Deutschösterreich mit allen unseren Kräften in Treuen zu dienen.

Die Aufgabe, die uns gestellt wird, ist ganz danach angetan, uns im Gefühl der Verantwortung zaghaft zu machen. Noch ist das Staatswesen zu tiefst erschüttert durch die furchtbare Katastrophe des Krieges, unsere Volkswirtschaft in Auflösung, unser Volk von entsetzlichen Entbehrungen entkräftet und von widerspruchsvollen Leidenschaften zerrüttet. Noch immer ist das Land von der Umwelt abgeschnitten, von mißtrauischen Nachbarn umringt und zu einem großen Teil von fremden Truppen besetzt. Nicht weniger als vier von den zehn Millionen unserer Volksgenossen leben unter fremden Waffen. Wir empfinden es mit tiefstem Schmerz, daß weite Gauen Deutschösterreichs, die, seitdem es einen Parlamentarismus in diesem Lande gibt, das ist seit mehr als einem halben Jahrhundert, ihre Vertreter nach Wien gesendet haben, hier unvertreten sind. Jede Partei vermisst einen Teil ihrer tüchtigsten Vorkämpfer, fast jeder von uns einen persönlichen Freund und unfaßbar ist der Gedanke, daß unser industriereiches, mit allen Gaben der Natur und mit allen Talenten gesegnetes Deutschböhmen und Sudetenland, unser forstreicher Böhmer-

waldgau, unser fruchtbarer Znaimerkreis, das herrliche, von uralten deutschen Volksagen und einer 1000jährigen geheiligten Geschichte umwobene Südtirol, das frucht- und rebenreiche Untersteier und das südliche Kärnten, die Wiege so vieler deutscher Volkslieder, unter Fremdherrschaft schmachten und ihrer nationalen und kulturellen Eigenart beraubt werden sollen. Niemals wird unser Volk, niemals dieses Haus, niemals diese Regierung der Pflichten vergessen, die es gegen diese Länder und Gauen hat! Niemals werden Volk, Staat und Regierung vergessen, das Selbstbestimmungsrecht, kraft dessen wir hier beisammen sind, auch für die Brüder im besetzten Gebiete vor der ganzen Welt in Anspruch zu nehmen. Das wird eine ständige Sorge und eine der ersten und heiligsten Aufgaben der Regierung sein!

Wenn wir uns begnügen, die Befreiung der besetzten Gebiete durch den Friedensschluß wider zu erlangen, so denken wir dabei ausschließlich an die sieghafte Kraft des Rechtes und nicht an die Mittel der Gewalt. Unsere auswärtige Politik soll ganz in demselben Geiste, von dem sie bisher geleitet war, fortgeführt werden. Im Geiste der Völkerversöhnung, die der Völkerbunds-idee Wilsons zugrunde liegt, wollen wir uns von jeder Feindseligkeit gegen die auf dem Boden der ehemaligen Monarchie entstandenen Nationalstaaten freihalten und die Wiederherstellung der vollen Verkehrsfreiheit anbahnen, sowie eine dauernde gute Nachbarschaft zu begründen suchen. Unsere äußere Politik aber wird ständig einem einzigen Leitstern folgen, der Wiedervereinigung mit unserem Mutterlande. Die Regierung wird die Verhandlungen, die mit dem Deutschen Reiche von der provisorischen Regierung eingeleitet worden sind, mit vollem Nachdrucke fortführen und so rasch als möglich zum Abschluß zu bringen suchen.

Die Staatsregierung dankt — ich gehe zur inneren Politik über — zunächst durch mich dem Hause für das durch die Wahl in sie gesetzte Vertrauen. In ganz anderer Rolle erscheinen wir vor Ihnen, als die Regierungen des monarchischen Staates. Wir erscheinen nicht als Obrigkeit vor Ihnen, sondern sind durch Ihren eigenen Auftrag berufen. Wir wissen, daß sich zu diesem Auftrag Parteien vereinigt haben, die nach Weltanschauung und politischen Programmen voneinander weit abweichen. Das erschwert unsere eigene Pflicht außerordentlich. Unser Mandat ist kein einheitliches und widerspruchsfreies, wie es wäre, wenn eine geschlossene Mehrheit uns beauftragt hätte. Wir wissen, daß die Parteien in langen Verhandlungen sich dahin verstanden haben, jede ein gutes Stück der eigenen politischen Ziele zurückzustellen und unseren Auftrag einzuschränken auf das, was den Parteien gemeinsam ist. So ist der Vorschlag des

Hauptauschusses und so unsere Bestellung zustand gekommen.

Aber das uns erteilte Mandat bindet nur die Beauftragten, nicht die Auftraggeber. Aus einer zeitweiligen Arbeitsvereinigung der großen Parteien entstanden, wünscht die Regierung nicht, diese Arbeitsgemeinschaft zu einer starren Koalition zu verpflichten. Nicht Sie, meine Herren, sondern wir sind gebunden. Das Kabinett wird sich bemühen, die Stimmen jeweils zu vereinigen durch die von ihr vorgelegten Entwürfe und das von ihr vertretene Arbeitsprogramm, es wird seine Legitimation nicht von dem ursprünglichen Mandat, sondern von dem tagtäglich neu zu erwerbenden Vertrauen ableiten. Es bittet dabei um eines, um wohlwollende Geduld.

Ob schon die Wahlen keine Mehrheit, sondern zwei annähernd gleich starke Parteien mit entgegengesetzten Weltanschauungen zum Siege gebracht haben, so glaubt die Regierung doch, in dem Wahlausgang gewisse einheitliche Grundlinien zu erkennen, die fürs nächste ein zeitweiliges, freies Zusammenwirken der Parteien ermöglichen.

Zwei Gedanken haben die Wahlen zum Durchbruch gebracht. Beinahe einmütig hat erstens das Volk in Stadt und Land den alten Obrigkeitsstaat verworfen und gebieterisch die Selbstregierung gefordert. Das Volk hat die ererbte Gewalt, welche die eigene Tüchtigkeit ersetzen möchte durch vergilbte Adelsitel und mittelalterliche Herrscherrechte, die die eigene Unfähigkeit verhüllt durch den Purpur mystischer Hoheit, ein für allemal verworfen. Denn diese volksfremden Gewalten haben sich durch das Würfelspiel des Krieges selbst zu retten versucht und dabei ein Reich zerstört und den Wohlstand von zehn Völkern vernichtet. Das Volk ist es müde geworden, Hab und Gut, Gegenwart und Zukunft einer ihm selbst fremden Obrigkeit anzuvertrauen. Es will sein Geschick in die eigene Hand nehmen und in der Hand behalten. Es will in freiem Wettbewerb der Talente und Ideen selbst die Auslese seiner tüchtigsten und treuesten Diener vornehmen und dadurch selbst seine geistigen Kräfte steigern. Das ist der Sinn der Republik, das die Idee der Freiheit! Hat diese Idee einmal die Massen ergriffen, so ist sie unsterblich! Die Republik ist für unser Land unverrückbare und unzerstörbare Tatsache geworden (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), und jeden, der sich gegen sie auflehnt, wird sie zermalmen. (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*.) Zu unserer ersten Pflicht wird es also gehören, unsere freiheitliche Verfassung auszubauen und unseren Kindern und Kindeskindern sicherzustellen.

Die zweite große Idee, von deren unwiderstehlichem Vormarsch alle Lebenden Zeuge sind, ist die Idee der Arbeit. Das Zeitalter vor dem Kriege stand unter dem Zeichen des Kapitals, seiner

gewaltigen Errungenschaften, seiner unaufhörlichen Widersprüche und seiner heroischen Selbstzerstörung im Kriege. Der Krieg ist durch seine Ausdehnung wie durch seine Dauer zur Weltumwende geworden. War das Grundgesetz der Vorkriegszeit der Besitz und die Gewalt, so steht über der Pforte der Zukunft, deren Schwellen wir heute betreten, der Sinnspruch „Freiheit und Arbeit!“ (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Die Arbeit steht in keinem unverbundenen Gegensatz zum Eigentum. Ein großer Teil des Besitzes, insbesondere der Produktionsmittelbesitz der Bauern und Handwerker ist reines Arbeitseigentum. Niemand hat Anlaß in diesen Fällen, wo Arbeit und Eigentum noch vereinigt sind, diese Vereinigung zu zerbrechen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Im Gegenteil, es handelt sich dem Sozialismus vielmehr darum, den Arbeiter mit seinen Produktionsmitteln wieder in rechtliche Verbindung zu bringen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Wir sind durch den Krieg ein armes Volk geworden, zu arm, um müßige Rentner und Profitnehmer zu erhalten. (*Beifall.*) Noch ist dem Arbeitenden nicht der auskömmliche Lohn gesichert und also müssen alle anderen Rücksichten zurückstehen vor der Forderung: „Die Massen müssen leben!“ Dieses Gebot nötigt uns den Versuch auf, zu einer anderen Wirtschaftsverfassung zu gelangen. Die politische Befreiung ist erst das halbe Werk, die andere Hälfte heißt Neuorganisation unserer Volkswirtschaft.

Wir können diese nicht dort fortsetzen, wo sie im Kriege abgerissen ist, denn vor dem Kriege haben ihm der große Kapitalbesitz und das große Grundeigentum den Charakter gegeben. Die Wahlen haben unzweideutig die Feudalität und das Kapital verurteilt. Sie haben den Willen des Volkes kundgetan, daß die werktätige Arbeit in Stadt und Land endlich zu ihrem Rechte komme.

Noch bestehen zwischen den verschiedenen Gruppen und Klassen der werktätigen Bevölkerung weitgehende Meinungsverschiedenheiten, auf welchem Wege dieses Ziel zu erreichen sei. Vor allem zwischen der Arbeit an der Scholle und der Arbeit in der Industrie. Diese Meinungsverschiedenheiten werden unsere Aufgaben sicherlich außerordentlich erschweren. Aber wir hoffen, diese Schwierigkeit zu überwinden, indem wir unermüdet den Grundsatz verkünden: Die heutige Gesellschaft und insbesondere unser von der Niederlage heimgeführtes Volk kann nicht leben und muß in einer entschlossenen Katastrophe zugrunde gehen, wenn sich das arbeitende Volk auf dem Lande und das arbeitende Volk der Städte nicht darin verstehen, füreinander zu arbeiten. (*Beifall.*) Und so wollen wir den Versuch unternehmen, zwischen diesen beiden Produktionsgruppen eine feste Brücke und die kürzeste Verbindung herzustellen. Der Versuch muß unter-

nommen werden, wenn er mißlingt, wird mehr gescheitert sein als diese Regierung. (*Sehr richtig! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Dieser Versuch setzt eine organische Fortentwicklung unserer Wirtschaftseinrichtungen voraus und hat nichts so sehr zu fürchten als die Unterbrechung und Störung des Wirtschaftslebens. Die Arbeit so rasch wieder aufzunehmen als nur irgend möglich, sie stetig zu erhalten und auszudehnen, ist dabei unerlässlich. Dieses Ziel erfordert Opfer auf allen Seiten. Es müssen die arbeitenden Massen um des näheren Zieles willen das fernere zurückstellen lernen, es müssen die besitzenden Massen sich auf empfindliche Opfer an ihren Vermögen und Rechten gefaßt machen, um das größere Übel zu vermeiden. Gerade die Einsicht und Opferbereitschaft der oberen Schichten muß den breiten Massen die Pflicht der Selbstbeherrschung begreiflich machen, denn eines ist ohne das andere nicht möglich. Wir stellen vorweg außer Zweifel, daß die Regierung von den mit Gütern Gesegneten harte Opfer fordern wird. Bringen die Begüterten sie — um des leidenden Volkes willen — leicht und willig, so halten wir eine schrittweise organische Weiterentwicklung für möglich. Ohne diese Opferbereitschaft drohen der Gesellschaft Gefahren, die einer Beschreibung und Benennung nicht mehr bedürfen, denn sie haben ihren geschichtlichen Namen.

Freiheit und Arbeit bezeichnen auch im einzelnen die der Regierung gesteckten Ziele. Der Sicherung der Volksfreiheit wird die Verfassungsarbeit dienen, die unserem Lande eine dauernde Konstitution sichert. Die Regierung denkt zunächst in einzelnen Verfassungsgesetzen Stück für Stück die Freiheitsrechte des Bürgers zu sichern. Die Verwaltungsreform, die schon von der Provisorischen Nationalversammlung mit der Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern und mit der Überbrückung des Gegensatzes zwischen landesfürstlicher und autonomer Verwaltung begonnen hat, die mit dem gestern beschlossenen Gesetze über die Staatsregierung die Reform der Zentralverwaltung in Angriff genommen hat, muß ihren Abschluß in der Begründung einer wahrhaft demokratischen Lokalverwaltung finden. Die Lokalverwaltung soll in Gemeinde, Bezirk und Kreis das obrigkeitliche System und das plutokratische Wahlkörpersystem durch die Selbstregierung des Volkes in demokratisch gewählten Körperschaften ersetzen. Dabei soll die Mitwirkung der Beamtenschaft nicht etwa ausgeschaltet, sondern durch die ständige Zusammenarbeit mit den Erwählten des Volkes erst recht befruchtet werden. Die längst fällige Reform des Pressegesetzes soll endlich zum Abschluß kommen, Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht in demokratischen Gesetzen gewährleistet werden. Nachdem in Einzelgesetzen die Grundlagen unserer künftigen Verfassung gelegt sind, soll eine endliche Kodifi-

fikation sie in einer Verfassungsurkunde abschließen. Das ganze Privat- und Strafrecht wird an das Recht des Deutschen Reiches angeglichen werden, soweit es nicht selbst unter die Gesetzgebung des Reiches gestellt wird. Das Arbeitsrecht soll kodifiziert werden, wobei unter Arbeitsrecht auch das Recht der öffentlichen und privaten Angestellten mitverstanden wird. Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Sozialversicherung und die Fürsorge für die Invaliden, Wittwen und Waisen werden die allernächsten Aufgaben der Gesetzgebung sein. (Beifall.)

Als oberste Fürsorge für die Arbeit betrachtet die Staatsregierung die Reform unseres gesamten Bildungswesens, von der Volks- bis zur Hochschule. Der Unterricht soll Arbeitsunterricht werden, nach der Methode wie nach dem Ziele. Der Volksschulunterricht soll an die tätige Natur der Menschen anknüpfen und dem Wissen des Kindes die Welt erschließen durch die begleitende Selbstbetätigung, die zugleich der beste Willensbildner ist. Die Mittelschulen erfordern eine Reform in praktischer Richtung, welche sie der Gegenwart und Zukunft näherbringt, indem sie sie mehr von der Vergangenheit entfernt. Eine Hochschulreform soll Deutschösterreich und insbesondere Wien als Vorposten des deutschen Geistes und deutscher Kultur im Südosten erhalten. Alle Lehr- und Lernstätten sollen den Tüchtigen ohne Rücksicht auf Herkunft und Besitz eröffnet werden und die volle Freizügigkeit der Talente zwischen dem Deutschen Reiche und Deutschösterreich wiederhergestellt werden. Unser Land ist reich an Schönheit, aber mit Naturschätzen nicht übermäßig gesegnet. Was uns die Natur versagt, muß uns das Wissen und Können der Bürger ersetzen. Mehr als je beruht jetzt, in unserer großen Bedrängnis, die Zukunft des Landes auf seinen Schulen.

Mit gesteigerten geistigen Kräften werden wir imstande sein, unser Wirtschaftsleben wieder aufzubauen, vor allem unseren Ackerbau. Die Erfahrungen des Krieges haben den Wert des heimischen Ackerbaues jedermann erst voll schätzen gelehrt. (Beifall.)

Die industrielle Arbeiterschaft wird gerne alles dazutun, um die Produktivität der heimischen Scholle zu steigern, denn sie erleichtert ihr das tägliche Leben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Die Intensifizierung des Ackerbaues ist heute zum allgemeinen und gebieterischen Volksinteresse geworden: Sie läßt sich ohne Hilfe und Opfer des Staates nicht so rasch erreichen, als wir sie bedürfen. Sie wird die Mühe der Bauernschaft besser lohnen, als die mechanischen Hilfsmittel der Zölle es je vermocht haben.

Diese Intensifizierung aber setzt selbst eine leistungsfähige Industrie voraus. Durch die Los-trennung von ihren überlieferten Rohstoffen und Absatzgebieten ist zur Stunde unsere Industrie der

wichtigsten Kraftquelle, der Kohle, nahezu beraubt. Wir müssen alle unsere Kohlenfelder so rasch wie möglich erschließen und deren Ergiebigkeit steigern, wir müssen aber vor allem die Millionen Pferdekräfte, die Tag für Tag in unseren Flußläufen in nichts zerfließen, in Kraftwerken festhalten (Beifall) und werden so eine stetige Kraftquelle besitzen, die bei verständiger Anlage und Verwertung unser Land einmal zu einem ersten Industrieland machen kann. Die Elektrifizierung wird auch unser Eisenbahnwesen wieder fördern. Das größte Werk, das in den nächsten Jahren zu schaffen sein wird, das uns mit unserem Mutterlande und mit dem Weltmeere zu verbinden berufen ist, das ist der Rhein—Donau—Schiffahrtsweg, der nur in Verbindung mit dem Reiche hergestellt werden kann. Der Main—Donaukanal ist so zur wirtschaftlichen Lebensbedingung Deutschösterreichs geworden und diese Notwendigkeit gebietet uns den Anschluß an das deutsche Wirtschaftsgebiet.

Wenn ich diese Aufgaben des Staates vorführe, beabsichtige ich keineswegs, sie allesamt etwa für diese Regierung in Anspruch zu nehmen, obwohl sie die Absicht hat, der wirtschaftlichen Erneuerung unseres Landes ihre ganze Kraft anzuwenden. Ich führe sie an, um die Stimmung der Resignation und des zermürbenden Zweifels an unsere Zukunft zu besiegen. Deutschösterreich hat eine wirtschaftliche Zukunft, Deutschösterreich ist durch seine Lage zum Knotenpunkt der westöstlichen und nord-südlichen Handelsstraßen im Herzen Europas bestimmt. Wir brauchen bloß unsere Aufgabe tätig und entschlossen aufzugreifen und werden aus der Erniedrigung und Verarmung uns emporarbeiten. Nur müssen wir an uns selbst wieder zu glauben beginnen! (Beifall.)

Eine Voraussetzung müssen wir freilich vor-erst erfüllen: Wir müssen unsere Währung und unsere Staatsfinanzen in Ordnung bringen. Gestehen wir es uns nur ein: Wir sind gegenüber unseren Nachbarn ins Hintertreffen geraten (Rufe: Leider!), weil wir zu gutgläubig, zu rechtlich und zu sehr auf das öffentliche Vertrauen der Welt bedacht waren. Inzwischen haben die andern eigenmächtig gehandelt, die überlieferte gemeinsame Währung zerrissen und damit unsere finanzielle Lage empfindlich bedroht. Sie haben uns nichts übrig gelassen, als alle Rücksichten beseite zu stellen und an uns selbst zu denken. (Sehr richtig!) Es bedarf des energischen Zugriffs, es bedarf der raschen Tat. Wir müssen große Opfer bringen, um das größere Unglück zu vermeiden. Wir dürfen das scheinbar noch ungewisse Übel nicht fortzuschleppen, um doch am Ende dem Zusammenbruch der Währung nicht auszuweichen. Wir müssen gegenwärtige Güter preisgeben, um die zukünftigen zu retten. Die Finanz-

verwaltung wird die notwendigen Vorlagen unverzüglich ausarbeiten. Unter ihnen wird eine Vermögensabgabe den ersten Rang einnehmen.

Sie ist nicht geboren aus der Mißgunst gegen den Reichen, sondern aus der Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Zwangslage. Der Zustand, in welchem uns der Krieg zurückgelassen hat, ist volkswirtschaftlich ein Un Ding. Die Arbeit der Werttätigen kann nicht dauernd mit ungeheuren Zinsverpflichtungen belastet sein, wir können nicht zum Rentnerstaat werden, in dem der eine Volksteil von Zinsen lebt und der andere für Zinsen arbeitet. *(Beifall.)* Wir wollen aber auch nicht durch brutalen Rechtsbruch dieser Gefahr enttrinnen, sondern durch eine zweck- und rechtmäßige, wenn auch harte Besteuerung das wirtschaftliche Gleichgewicht unter Schonung aller Interessen wiederherstellen.

Die zweite Voraussetzung einer Gesundung und Erneuerung unserer Volkswirtschaft ist, daß der durch Unterernährung entkräftete und durch Krankheiten geschwächte Volkskörper wieder gesunde Volksernährung und Volksgesundheit werden dauernd zu den wichtigsten Staatsaufgaben zählen. Die Volksernährung soll jedoch nicht auf den heutigen Zentralen beruhen, auf dieser Improvisation der Kriegszeit, die doch im wesentlichen auf einer nicht immer glücklichen Verbindung von Bürokratismus und Kapitalismus beruht hat. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir brauchen Staatswirtschaftsämter, welche beruhen auf der genossenschaftlichen Organisation der Produktion *(lebhafter Beifall)*, der Zirkulation und des Konsums unter wirtschaftlicher Selbstverwaltung der Beteiligten und unter regelnder Anleitung des Staates. Die Zwangsnorm von oben soll ersetzt werden durch die Organisation von unten auf *(Beifall)*, das aber, was außerhalb der Organisation besser gedeiht, wird der Bindung nicht bedürfen. *(Beifall.)* Zunächst wird allerdings, solange, bis die reichlichere Zufuhr und die vermehrte Eigenerzeugung den Nahrungsbedarf decken, der Staat auf geregelter Ausbringung und Bedarfsdeckung bestehen, die Wohlhabenden werden verhalten werden müssen, stärker zur Deckung der Kosten der Nahrungsbewirtschaftung beizutragen und empfindlichere Entbehrungen zu leiden als bisher. In dem Maße aber, als die organisierte Ausbringung besser gelingt, wird es der Staatsverwaltung leichter werden, den Schleichhandel, diese parasitische Wucherung an unserer Volkswirtschaft, zu beseitigen. *(Beifall.)*

Ich müßte, wenn ich den Wünschen meiner Mitarbeiter voll Rechnung tragen wollte, das Haus noch weiter ermüden mit der Aufzählung von Programmen, die sie sich und der Regierung stellen. Sie werden mir verzeihen, wenn ich bei diesem

ersten Anlasse manches übergehe, worauf sie Wert gelegt haben. Die Budgetdebatte, die in allernächster Zeit stattfinden soll, wird ihnen wie dem Hause die Gelegenheit zu breiter Erörterung aller Staatsaufgaben bieten. Wir sind uns dabei wohl bewußt, daß das menschliche Vollbringen immer hinter dem Vorsatz zurückbleibt. Indessen habe ich die Arbeitsfähigkeit sowohl unserer Bürokratie wie unserer Volksvertretung während der Zeit unserer Provisorischen Nationalversammlung kennen und höher einschätzen gelernt. Es wurde in 100 Tagen mehr geleistet, als sonst in zehn Jahren. In Wahrheit war die schöpferische Kraft unseres Volkes durch seine Zusammenkoppelung mit sieben Nationen ganz anderer Denkart und Kulturstufe gebunden und durch ein Regierungssystem niedergehalten, das schon seit Jahren auf nichts mehr bedacht war als auf die Rettung der Großmachtsstellung. Wir haben beinahe alles Gut und alle Geisteskraft verschwendet auf einen maßlosen Militarismus, der das Reich zum Schluß doch nicht vor dem Untergang bewahrt hat. Alle anderen Arbeitsgebiete des Staates lagen in zwischen brach.

Wir werden von dieser Plage befreit sein. Endlich genießen wir den Segen, als Deutsche mit Deutschen allein zu sein und unser eigenes Haus zu bestellen, endlich sind wir von dem Fluch der Großmachtspolitik befreit, endlich ist jedem Tüchtigen die Bahn frei und nicht mehr verlegt durch die Vorrechte der Geburt und des Besitzes. Alle Kräfte sind rege! Noch bewegen sie sich ungeordnet in den Wirbel einer Weltkrise, aber es gilt nur, sie zu festen und sichereren Zielen zusammenzufassen und hinzuführen. Das kann nimmermehr vollbracht werden durch den obrigkeitlichen Zwang. Aber es kann geschehen durch die freie Organisation aller im Volke lebendigen Kräfte, vor allem aber durch eine vernünftige Organisation der Arbeit. Auch für die obrigkeitliche Arbeitsverfassung ist kein Raum mehr. Gewähren wir freien Entschlusses und im Wege des Gesetzes der Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozesse und die Teilnahme an dem Produktionsergebnis und wir werden der drohenden Anarchie enttrinnen. National ein einheitlicher Staat, politisch ein freies Gemeinwesen und sozial eine freie Organisation wirtschaftlicher Zusammenarbeit, wird Deutschösterreich sich wieder aufrichten und den Platz, der ihm gebührt, einnehmen, innerhalb des gesamten deutschen Volkes und inmitten der großen und kleinen Nationalstaaten ringsum. Das hoffen wir alle und darum wollen wir uns redlich bemühen. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zu einem formellen Antrag hat sich der Herr Abgeordnete Rittinger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Rittinger: Ich beantrage die Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung.

Präsident: In der Geschäftsordnung findet sich für die Zulässigkeit eines solchen Antrages keine Begründung. Es wurde aber im Hauptausschusse heute zwischen den Parteien vereinbart, daß man den einzelnen Gruppen Gelegenheit bieten soll, über die Mitteilungen der Regierung Erklärungen abzugeben. Ich werde daher den Antrag zur Abstimmung bringen und bitte diejenigen Herren und Frauen, welche dem formellen Antrage auf Eröffnung einer Debatte über diese Erklärung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das Haus hat die Debatte beschlossen.

Zum Worte gemeldet hat sich kontra der Herr Abgeordnete Rittinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Rittinger: Hohe Nationalversammlung! Ich habe im Namen der Großdeutschen Vereinigung folgende Erklärung abzugeben *(liest):*

„Die „Großdeutsche Vereinigung“ hat an der Regierungsbildung nicht teilgenommen. Sie will damit ihre vollkommen freie Stellung in der Nationalversammlung kennzeichnen.

Ihre zukünftige Haltung macht sie nicht von dem größeren oder geringeren Vertrauen, das die einzelnen der von den beiden großen Parteien entsendeten Regierungsmitglieder einflößen, sondern einzig und allein von den Taten der Gesamtregierung, insbesondere von ihrer Haltung zur großdeutschen Frage abhängig.

Die „Großdeutsche Vereinigung“ trägt dabei der ernsten Lage, in der sich unser junger Freistaat befindet, und der Schwierigkeit der Aufgaben, vor denen die Konstituierende Nationalversammlung und die Regierung stehen, mit allem Verständnisse Rechnung und ist gewillt, auf Grund ihrer politischen Überzeugung und sachlicher Erwägungen überall dort mitzuarbeiten, wo die Freiheit und das Wohl des gesamten deutschen Volkes der Zweck der Arbeit sind. Alles aber, was nach ihrer Überzeugung dem deutschen Volke schadet, wird sie bekämpfen, alles, was ihm fremd ist, ablehnen.“ *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Weiter hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Eldersch; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Eldersch: Hohes Haus! Ich habe im Auftrage des sozialdemokratischen Klubs nachstehende Erklärung abzugeben *(liest):*

„Die Wahlen für diese Nationalversammlung haben keine Entscheidung gebracht. Wir Sozialdemokraten sind als die stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. Aber wir haben nicht die Mehrheit und können nicht allein die Regierung bilden. Wir sind aber auch zu stark, als daß wir den anderen Parteien die Regierungsbildung überlassen könnten. Darum haben wir als die Vertreter der Arbeiterklasse uns entschlossen, gemeinsam mit den Vertretern der Bauern eine Regierung zu bilden. *(Zwischenrufe.)* Da diese Koalition formell nur als eine Koalition mit der christlichsozialen Partei möglich war,“ *(fortgesetzte Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte, den Herrn Redner nicht immer zu unterbrechen.

Abgeordneter Eldersch *(fortsetzend):* Es wäre zweckmäßiger, wenn Sie mich zu Ende hören und dann eine Erklärung abgeben würden. . . . „so kann — dessen sind wir uns bewusst — diese Politik das Befremden der Arbeiterklasse erwecken. Es ist ein Versuch, der heute unternommen wird. Ob er gelingt und ob diese Regierung von Dauer ist, hängt davon ab, ob sie imstande ist, alle Zweige der Staatsverwaltung mit neuem Geiste zu erfüllen, den Forderungen der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen und das unwälzende Werk der Sozialisierung rasch und unbeirrt durch kapitalistische Einflüsse zu beginnen.

An die bisherige Regierung der Republik haben wir nur geringe Anforderungen gestellt. Sie sollte die Grundlagen für den neuen Staat schaffen und die Wahlen für die Konstituierende Nationalversammlung vorbereiten. Anderes haben wir von ihr nicht gewollt. So bescheiden sind unsere Ansprüche jetzt nicht mehr. Diese Regierung kann nur Bestand haben, wenn sie — obwohl nicht ausschließlich Sozialdemokraten ihr angehören — doch von sozialistischem Geiste erfüllt ist. Nur wenn die Massen des Volkes den Eindruck gewinnen, daß die Regierung das Werk der Umgestaltung der demokratischen Republik zur sozialistischen Republik in die Wege leitet, ist eine ruhige Entwicklung in demokratischen Formen möglich.

Darum in dem Augenblick, in welchem diese Regierung gebildet ist, ein Wort besonders an die Bauern! Die städtische Bevölkerung befindet sich in größter Not. Die Lebensmittelaufbringung im Lande ist ganz unzureichend und es wird starker Maßnahmen bedürfen, um eine reißlose Aufbringung der produzierten Nahrungsmittel und ihre gerechte Verteilung sicherzustellen. Hierzu bedürfen wir der uneingeschränkten Mitarbeit der Vertreter des Bauernstandes.

Die Bauern stehen am Scheidewege. Die Kapitalisten werben um sie. Man will die Bauern

glauben machen, daß ihr kleines Arbeitseigentum durch die Sozialdemokratie gefährdet sei und sie rufen sie auf zu dessen Verteidigung. In bourgeoisen Versammlungen und in der kapitalistischen Presse wird man versuchen, unsere Bestrebungen zu verunglimpfen und zu verfälschen. Aber nicht um das bäuerliche Eigentum geht es, das von niemandem angetastet wird, sondern um das Ausbeutungseigentum, das die Kapitalisten verteidigen wollen. *(So ist es!)* Wir hoffen, daß die Bauern sich nicht täuschen lassen. Sie müssen sich darüber klar sein, daß sie nun wählen müssen: Entweder lassen sie sich als Vorspann von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern benützen oder aber sie gehen mit uns, der Arbeiterklasse, um allem Ausbeutungseigentum ein Ende zu machen.

Wir sind, ohne auch nur im mindesten unsere Grundsätze preiszugeben, zu gemeinsamer Arbeit bereit. An Ihnen liegt es zunächst, ob der Weg gangbar ist oder ob, wenn dies nicht der Fall ist, die Entwicklung im Staate über diese Nationalversammlung hinweggeht und andere Wege einschlägt.

In diesem Sinne werden wir mitarbeiten und die Regierung unterstützen. Von ihren Taten wird es abhängen, wie lange wir dies vermögen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Hauser gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Hauser: Hohe Nationalversammlung! Nehmen Sie auch von mir im Namen und im Auftrage der christlichsozialen Partei an dem heutigen feierlichen Tage eine kurze Erklärung entgegen.

Wir alle stehen unter dem Eindrucke der Not der Zeit. Wenn je einmal das Wort richtig war: „Das ist die große Not der Zeit“ und „Das ist die große Zeit der Not“, dann gilt es für heute. Und wenn ich ein Wort dankbar aus den Ausführungen des Herrn Staatskanzlers entgegennehme, so ist es das eine, daß er an die Spitze seiner Erklärung gestellt hat: „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ Wenn ich für die heutige Zeit eine Parole erfinden müßte, ich wüßte keine bessere: Arbeiten und nicht verzweifeln! Nicht jammern und nörgeln und raunzen und hezen und davonlaufen, sondern wirklich arbeiten! *(Stürmischer Beifall.)* Die Not ist groß, das Elend ist allgemein und, meine Herren, man kann darüber lachen, wie man will, wir kommen aus dieser Not nicht heraus, wenn wir nicht gemeinsam arbeiten und unsere Pflicht erfüllen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Die Not ist groß, und wenn wir nicht imstande sind, in der jetzigen großen Not die Ruhe

und Ordnung aufrecht zu erhalten, dann sind wir verloren. *(Sehr richtig!)*

Es hat zwar den Anschein, als ob es manche nicht erwarten könnten, daß die politischen Parteien aufeinander losgelassen werden. Da erinnere ich mich an ein Wort des verstorbenen Dr. Viktor Adler. Er hat es in einer vertraulichen Stunde gesprochen, aber dieses Wort braucht die Öffentlichkeit nicht zu scheuen: „Schauen wir, daß wir wieder einen gemeinsamen Boden bekommen und dann können wir wieder miteinander raufen.“ Wir haben keinen Boden unter den Füßen, meine Herren. Wir müssen uns erst die Existenz teuer verdienen, wir müssen uns erst aus der Armseligkeit herausarbeiten und dann, wenn wir Boden haben, dann werden wir halt wieder raufen, dann werden wir wieder um die Seele des Volkes ringeln. Aber heute, meine Herren — ich sage das an alle gerichtet — heute müssen wir zuerst arbeiten um unsere Existenz. *(So ist es!)* Das ist in wörtlichem Sinne zu nehmen.

Unsere Existenz ist gefährdet durch den Stand unseres Ernährungsproblems. Die verschiedenen Herren, mein geehrter Herr Vorredner und der geehrte Herr Staatskanzler, haben es bereits angedeutet: ohne eine gedeihliche Zusammenarbeit von Stadt und Land, ohne Verständigung der Arbeiter und der Bauern läßt sich dieses Problem nicht lösen. *(Sehr richtig!)* Sehen Sie, meine Herren, es ist Stadt und Land gegeneinander viel verhetzt worden, aber ich habe immer gefunden, wenn man mit einem Städter spricht und ihm die Schwierigkeiten und Beschwerden klar macht, die der Landmann hat, dann begreift er es, und wenn man dem Bauer die Not des Arbeiters und der armen Familien schildert, dann begreift er es auch. Die Leute müssen nur einander nahe gebracht und miteinander verständigt werden. Das Ernährungsproblem ist ohne gemeinsame Arbeit und ohne gemeinsames Verständnis nicht zu lösen.

Und unsere Lage nach außen, meine Herren, die auswärtige Lage! Warum haben wir denn ein Gewicht darauf gelegt, daß wir sobald wie möglich eine gemeinsame Regierung bekommen? Damit endlich einmal die Lage nach außen geklärt werde. Wenn wir vom Auslande nicht anerkannt und nicht unterstützt werden, dann läßt sich auch das Ernährungsproblem nicht lösen. Das hängt alles miteinander zusammen.

Und die Finanzlage! Das ist die allergrößte Not der Zeit, und zwar im buchstäblichen Sinne des Wortes. Ich muß auch in dieser Beziehung leider dem Herrn Staatskanzler recht geben, daß wir gerade auch in der Finanzlage sehr viel verschlafen haben. Wir sind um mehr als eine Pferdelänge zurückgeblieben, wir sind im Hintertreffen, wir sind überverteilt und im Nachteil. Die Finanzfrage

kann nur im gegenseitigen Verständnis, bei gegenseitiger Opferwilligkeit und nur in der Zusammenarbeit gelöst werden. Und wenn ich an den eigentlichen Zweck unserer Versammlung, der konstituierenden Nationalversammlung, denke, so ist sie ja berufen, unserem jungen Freistaat, unserer Republik die definitive Verfassung zu geben und dazu brauchen wir eine Regierung, welche uns führt, welche uns anleitet und der wir halbwegs Vertrauen schenken.

Nicht zu vergessen sind, hohes Haus, die großen und schweren Aufgaben auf dem sozialpolitischen Gebiete. Soviele sind in diesem grauenamen Kriege zum Opfer geworden, sovielen haben ihr Blut vergossen, aber, meine verehrten Herren, ich möchte sagen, der ganze Staatskörper, das ganze Volk blutet noch aus tausend Wunden. Und wenn diese Kriegsschäden nicht behoben werden, wenn hier nicht durch gemeinsame Arbeit Rettung und Hilfe kommt, dann werden wir eben verbluten. Ich erinnere, wie notwendig es ist, daß wir für die Kriegsbeschädigten Sorge tragen, daß wir an unsere armen Gefangenen denken, daß wir die armen Leute vor Augen haben, welche arbeitslos sind, die vielen, welche ihre Stellen verloren haben oder welche im Begriffe sind, ihre Stellung zu verlieren. Überall da muß die neue Regierung und das neue Haus durch gemeinsame Arbeit eingreifen.

Nun sehen Sie, meine Verehrten: Die Forderungen der Zeit sind so unabweislich, daß sich unsere Partei ohneweiters, obwohl uns — wir sind schon auch so schlau wie andere (*Heiterkeit*) — das einigermassen Opfer auferlegt, gerne dazu entschlossen hat, gemeinsam zu arbeiten, um unser Volk zu retten. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*)

Als christliche Partei sind wir eo ipso — möchte ich sagen — eine Partei der Ruhe und der Ordnung. Wir sind eine Volkspartei und darauf tun wir uns etwas zugute; wir sind nicht für eine Kaste allein, wir sind eine Volkspartei und gerade deswegen, weil wir eine Volkspartei sind, wollen wir jetzt in diesem Augenblicke, wo unser armes deutsches Volk in Österreich in einer so gräßlichen Notlage ist, unser Volk nicht verlassen. (*Lebhafte Beifall.*)

Ich stimme mit dem überein, was mein Herr Kollege Eldersich gesagt hat: Der Ausgang der Wahlen! Wir sind nicht so stark, daß wir die stärkste Partei wären, wir sind aber nicht so schwach, daß wir uns auch den Luxus gönnen könnten, eventuell die Türe aufzusuchen (*Heiterkeit*) oder uns in den Winkel zu stellen und uns auf die Kritik zu verlegen. (*Abgeordneter Wedra: Das habt Ihr im Jahre 1911 genau so gemacht, was wir gemacht haben!*) Verehrter Herr Kollege, ich möchte Sie bitten, reizen Sie mich nicht zu Reminiszenzen

(*Heiterkeit und lebhafter Beifall*), sonst, verehrter Herr Kollege, werde ich Ihnen ruhig sagen (*Zwischenruf*), daß wir, die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen, uns nicht nach dieser Bank gedrängt haben. Sie wissen sehr genau, wie die Portefeuilles seinerzeit schon ausgeteilt waren, und ich kann mich noch erinnern: der verstorbene Doktor Adler war damals schwer krank und ist sogar im Krankenhaus aufgesucht worden, ob er nicht auch die Gefälligkeit hätte, in eine Regierung einzutreten, welche sich die Herren Kollegen des Zwischenrufers damals schon zurechtgelegt haben. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich selbst bin damals zum Kaiser gerufen worden und man hat mir gesagt, wir müssen an dieser Regierung teilnehmen, und wir haben gesagt: Nein.

Sie sehen also, meine Verehrten, wir haben uns nicht hierher gedrängt. Es ist eben — ich komme wieder auf den Ausgangspunkt zurück — die Not der Zeit, die uns hier zusammengeführt hat, daß wir uns gesagt haben: Hier müssen wir unsere Pflicht erfüllen arbeiten und nicht verzweifeln. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.* — *Abgeordneter Dr. Waber: Auch wir werden unsere Pflicht erfüllen!*) Ich danke Ihnen für diese Erklärung, sie ist Ihrer würdig. Ich danke Ihnen dafür und wir alle werden Ihnen nur dankbar sein, wenn Sie mit uns in diesem Sinne arbeiten.

Präsident: Ich bitte um Entschuldigung, ich muß doch ersuchen, Zwischenrufe zu unterlassen. Wir haben vereinbart, daß die einzelnen Parteien Erklärungen abgeben. Wenn aber die Herren durch Zwischenrufe den Redner immer stören, so ist er ja gezwungen, Ihnen zu antworten.

Abgeordneter Hauser: Ich bin zwar nicht gezwungen, ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident. Ich werde mich aber jetzt etwas mehr bescheiden und werde . . . (*Abgeordneter Dr. Waber: Mit der Ironie haben wir nicht begonnen!*) Mit der Ironie der Tatsachen haben Sie begonnen, das müssen Sie schon zugeben. (*Lebhafte Heiterkeit.* — *Beifall und Händeklatschen.*)

Hochverehrte Herren! Ich bin mir, um das noch einmal zu betonen, der Opfer, die sich unsere Partei auferlegt, voll bewußt. Ich will auch offen sagen und anerkennen, daß die gesamte hohe Regierungsbank, wie sie vor mir hier so ausgebreitet ist, nicht gerade das Wohlgefallen meines Herzens erregt. (*Beifall und Heiterkeit.*) Aber um das handelt es sich auch jetzt gar nicht. Ob mir dieser Herr mehr oder weniger behagt, ist eine gleichgültige Sache, es handelt sich nur darum: Ist die jetzige Regierung in der Lage und in der Möglichkeit,

die großen Aufgaben, die sie zu lösen hat, zu erfüllen oder nicht? Darnach werden wir auch unser Verhalten einrichten. *(Zustimmung.)* Was unsere Leute hier in dieser Regierung anbelangt, so sage ich, daß sie auch ein persönliches Opfer gebracht haben; ich glaube, für jeden, der heute hier sitzt, ist es ein persönliches Opfer, das müssen wir alle miteinander anerkennen; es ist kein Vergnügen und keine Kleinigkeit, sondern wirklich ein direktes Opfer. Ich weiß, unsere Herren, die dieses Opfer gebracht haben, bleiben ihrer Partei treu, ob sie in der Regierung sitzen oder nicht. Wir werden vielleicht genötigt sein, das eine oder andere von unseren speziellen Forderungen zurückzustellen — auf unsere Überzeugung verzichten wir nicht. *(Beifall.)* Das verlangen wir aber auch von den anderen nicht, denn das werden sie auch nicht tun, davon bin ich vollkommen überzeugt. Wir werden nie auf unsere Kulturforderungen verzichten, wir werden jederzeit darauf bestehen, daß hier in Deutschösterreich, insbesondere bei Bestimmung der Verfassung und der Gesetze, das gesamte Volk und nicht bloß eine Klasse den Ton anzugeben hat.

Wir werden für die berechtigten Forderungen der Länder eintreten, aber wo es notwendig ist, werden wir immer das Notwendige und das Gemeinsame an die erste Stelle stellen. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Die Herren, die von unserer Partei auf dieser Regierungsbank sitzen — das kann ich das gesamte hohe Haus versichern —, werden jederzeit objektiv und umgänglich sein. Ich erwarte das auch von den anderen Herren, soweit sie einer Partei angehören. Die sogenannten „Neutralen“, die hier sitzen, werden wir uns noch genauer anschauen *(Heiterkeit)* und sie dann nach ihren Taten beurteilen. *(Beifall.)* Aber sei es wie immer, hohes Haus, ich erkläre nochmals feierlich: Die christlich-soziale Partei ist bereit, zu arbeiten, sie will ihre Pflicht erfüllen, zusammenzuarbeiten, sie will einträchtig arbeiten zum Wohle des Volkes und des Vaterlandes! *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)* — *Redner wird beglückwünscht.)*

Präsident: Die Debatte ist geschlossen.

Der Hauptausschuß hat gemäß § 4 des Gesetzes vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 181, über die Vorbereitung der Sozialisierung den Vorschlag für die Wahl des Vorstandes der Sozialisierungskommission erstattet.

Dieser Vorschlag lautet:

Präsident: Dr. Otto Bauer.

Vizepräsident: Dr. Ignaz Seipel.

Mitglieder: Franz Domes, Leopold Kunschak, Dr. Viktor Butte.

Gemäß § 34 der Geschäftsordnung stelle ich diese Wahl auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung und werde dieselbe ungesäumt vornehmen lassen.

Die Stimmzettel liegen auf.

Ich ersuche um Abgabe der Stimmzettel.

(Nach Abgabe der Stimmzettel.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

Zur Vornahme des Skrutiniums unterbreche ich die Sitzung für einige Minuten. *(Die Sitzung wird um 3 Uhr 30 Minuten nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr 35 Minuten.)*

Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Es wurden bei der Wahl des Vorstandes der Sozialisierungskommission 121 Stimmzettel abgegeben, die absolute Majorität ist 61. Es erscheinen gewählt mit je 121 Stimmen zum Präsidenten Dr. Otto Bauer, zum Vizepräsidenten Dr. Ignaz Seipel, zu Mitgliedern Domes, Kunschak, Dr. Butte.

Ich stelle an die Gewählten die Frage, ob sie die Wahl annehmen. Otto Bauer? *(Staatssekretär Dr. Bauer: Ja!)* Dr. Seipel? *(Abgeordneter Dr. Seipel: Ja!)* Domes? *(Abgeordneter Domes: Ja!)* Kunschak? *(Abgeordneter Kunschak: Ja!)* Dr. Butte? *(Abgeordneter Dr. Butte: Ja!)*

Das Mitglied des Hauptausschusses Herr Abgeordneter Fink ist von dieser Funktion zurückgetreten.

Der Bestimmung des Artikels 11 des Gesetzes vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 179, gemäß, werde ich die erforderliche Nachwahl unverzüglich durchführen.

Ich bitte die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, zur Vornahme des Skrutiniums unterbreche ich die Sitzung für einige Minuten.

(Die Sitzung wird um 3 Uhr 35 Minuten nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr 40 Minuten nachmittags:)

Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Es wurden 121 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 61. Es erscheint gewählt mit 121 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. Kamef.

Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft.

Ich bin, geehrte Frauen und Herren, nicht in der Lage, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung schon heute bekanntzugeben. Ich werde daher zur nächsten Sitzung im schriftlichen Wege einladen.

Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, es bleibt sonach bei meinem Vorschlage.

Der Hauptausschuß versammelt sich jetzt unmittelbar nach der Hausitzung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr 40 Minuten nachmittags.